

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1977
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 152. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 23. November 1977
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE
Vorsitz des PRÄSIDENTEN :

Prof. Decio Mognoni
Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI
Beisitz der SEKRETÄRE :

Rosa Franzelin-Werth
Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI
Abwesende ABGEORDNETE :

Dr. Joachim Dalsass (unentsch.)
Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)
Gaetano Marcon (entsch.)
Alfons Rigott (unentsch.)
Dr. Anton Zelger (unentsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Generaldebatte zum Landesgesetzentwurf Nr. 239/77 fortzufahren.

Die Sitzung beginnt um 9.50 Uhr.

Eingangs teilt der Präsident mit, daß die Behandlung eines gemeinsamen Dokumentes über die Arbeiten der Zwölfer- bzw. Sechserkommission auf unbestimmte Zeit vertagt werden müßte, da noch von keiner Partei ein diesbezüglicher Entwurf vorgelegt worden sei.

Man fährt nun mit der Generaldebatte zum Gesetzentwurf Nr. 239/77 fort. Als erster ergreift der Abg. Stecher das Wort. Er kündigt an, daß seine Partei gegen den Entwurf stimmen werde, falls dieser nicht geändert wird. Durch die vorgesehene Neuregelung werde die Enteignung komplizierter und ungerechter. Er weist auf die negativen Auswirkungen hin, die eine Verteuerung der Gründe für den Bausektor, für den Handel und für den Fremdenverkehr mit sich bringen würde.

Der Abg. Erschbaumer protestiert gegen das Verhalten der Mehrheitsparteien, die am Vortag gegen den Antrag auf Vertagung der Diskussion über den Gesetzentwurf gestimmt hatten. Dadurch habe man den Abgeordneten die Möglichkeit, daß erst im letzten Moment fertiggestellte Gutachten des Wirtschafts- und sozialbeirates über den Entwurf gründlich zu studieren, verwehrt. Der Gesetzentwurf berücksichtigte nur die Forderung der Bauern. Die Anhebung des Koeffizienten $\times 4$ bedeute eine legalisierte Inflationsankurbelung. Er fordert die Landesregierung auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und erinnert daran, daß Landesrat Benedikter in Aussprachen mit dem ASGB und dem KVV die Forderungen der Bauern nicht gutgeheißen haben soll; folglich müßte Benedikter eigentlich zurücktreten, wenn von ihm etwas verlangt werde, wovon er nicht überzeugt ist. Der Gesetzentwurf sei aus wahlstrategischen Überlegungen vorgelegt worden. Erschbaumer kündigt schließlich an, daß er eine Reihe von Abänderungsanträgen zum Gesetzentwurf einbringen wird und fordert die Streichung

des Art. 7.

Auch der Abg. Sfondrini beklagt sich ebenfalls, daß der Bericht des Landeswirtschafts- und Sozialbeirates erst am Vortag den Abgeordneten verteilt wurde, und daher die Kommission auf diesen Bericht nicht Rücksicht nehmen konnte. Es zeichne sich ein Bruch in der Landesregierung ab, da sich die DC gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen habe; hier handle es sich nicht nur um einen politischen Bruch, sondern auch um eine Spaltung ethnischer Natur. Er fordert die Landesregierung auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen, denn dieser sei nicht das geeignetste Mittel, um die Probleme der Bauernschaft zu lösen und schon gar nicht wegen der Allgemeinheit. Länger setzt sich Sfondrini mit den Bestimmungen des Art. 7 auseinander und er spricht sich auch gegen die Erhöhung des Koeffizienten von $x 2,5$ auf $x 4$. Er mahnt zur Vorsicht, nicht einen schlafenden Hund zu wecken, denn der Gesetzentwurf könnte von Rom als verfassungswidrig zurückgeworfen werden.

Der Abg. Mitolo äußert sich kritisch über den Begleitbericht, der nur von den Forderungen des Bauernbundes spricht und man daraus den Schluß ziehen könnte, daß der Bauernstand in Gefahr sei. Auch er beklagt den Umstand, daß der Bericht des Landeswirtschafts- und Sozialbeirates erst am Vortag zur Verteilung gelangt ist und daß man nicht Zeit gehabt hätte, diesen Bericht zu überprüfen. Zum Gesetzentwurf selbst äußert sich Mitolo kritisch: er müßte organisch aufgebaut sein und die ganze Materie in einem einheitlichen Gesetz regeln. Er lobt die mutige Haltung der Abg. Franzelin und bezeichnet die Divergenzen zwischen DC, SVP und in der SVP als ein grundlegend politisches Faktum, daß sicher tiefgreifende Folgen nach sich ziehen werde, trotzdem geschehe nur das, was die SVP wolle und die italienischsprachigen Parteien müßten sich immer dem Willen der SVP unterordnen. Die Erhöhung der Koeffizienten bezeichnet Mitolo als unverhältnismäßig. Eingehender befaßt sich Mitolo auch mit dem Begriff Marktwert und angemessenem Preis.

Ende der Vormittagssitzung um 12.45 Uhr.

Beginn der Nachmittagsitzung um 15.45 Uhr.

Als erster ergreift der Abg. Drunwalder das Wort. Er vermerkt unter anderem, daß die Landesregierung nicht alle Wünsche des Bauernbundes akzeptiert habe. Die Erhöhung des Koeffizienten von 3 auf 4 für bestimmte Bauvorhaben bezeichnet Drunwalder als einen Akt der sozialen Gerechtigkeit. Drunwalder betont, daß der Bauer bei Enteignungen in die Lage versetzt werden müsse, umgehend einen neuen Grund zu kaufen, um seine Existenzgrundlage sichern zu können. Er vertritt auch die Ansicht, daß jeder das Recht auf eine Wohnung habe, und daß in allen Gemeinden Südtirols Sozialwohnungen geschaffen werden sollen. Er verwehrt sich auch gegen die Methode, aus der Änderungsvorlage nur jene Teile herauszunehmen, die für die Bauern sprechen und jene Teile, die für die Arbeiter sind, unter den Tisch fallen zu lassen. Das Vorgehen der DC schein ihm unverständlich, denn auch diese müsse die ganze Bevölkerung vertreten. Drunwalder geht näher auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes ein und betont abschließend, daß auch der Bauer das Recht haben müsse, sein Geld für den abzulösenden Grund sofort zu bekommen.

Als nächster ergreift der Abg. Jenny das Wort und bringt verschiedene Beispiele aus den angrenzenden österreichischen Bundesländern. Er spricht sich gegen das herrschende System in Südtirol aus, und behauptet, daß zwischen Bauern und Bauern ein Unterschied gemacht werde und nur die reicheren derselben unterstützt würden. An die Abg. Franzelin gewandt, sagt er, daß es nicht genüge, Details zu ändern, nur durch die Abschaffung dieses Systems kann eine Verbesserung eintreten. Der Gesetzentwurf stelle keine Lösung dar; er bezichtigt die SVP der Mittäterschaft an der Wirtschaftslage in Südtirol, die durch ihre Politik es den Immobilienmaklern möglich mache, teuren Südtiroler Heimatboden an Meistbietende zu verschleudern, was wiederum auf dem Bausektor seine Folgen nach sich ziehe.

L. Abg. Achmüller antwortet zu Beginn seiner Rede den Oppositionspolitikern, die mit verschiedensten Überlegungen das System in Südtirol verurteilen. Er bekräftigt, daß die Arbeitnehmer diesem Gesetzentwurf ihre Zustimmung verweigern müßten, und ersucht für diese

Haltung um Verständnis, weil jeder nach seinem Gewissen handeln müsse. Soviel Spielraum müsse in einer Sammelpartei vorhanden sein.

Der Abg. Kiem ist der Ansicht, daß gewisse Gesetzentwürfe vor ihrer Verabschiedung vor der Presse erläutert werden sollten. Seines Erachtens werden mit dem Entwurf eine Reihe von Unzulänglichkeiten des Wohnbaureformgesetzes vom Jahre 1972 beseitigt. Nachdem Kiem zu einigen Vorrednern (Stecher, Erschbaumer und Jenny) Stellung bezogen hat, bezeichnet er diese Vorlage als vorwiegend positiv, wenn auch nicht als eine ideale Lösung.

Der Abg. Mathias Ladurner-Parthanes nimmt zu den Ausführungen des Abg. Achmüller Stellung und betont, daß dieser die Linksparteien links überholen wolle und auch Frau Franzelin habe die Dinge einseitig beleuchtet. Die Tatsache, daß sich die Arbeitnehmervertreter so klar gegen die Bauern ausgesprochen hätten, kann nicht auf den Landtag beschränkt bleiben. Das 15-er Gesetz aus dem Jahre 1972 sei der SVP von der DC und von Linksparteien aufgezwungen worden und die SVP müsse manchmal gegen ihre Überzeugung Gesetzen zustimmen, die gegen ihre Überzeugung seien, um die staatlichen Richtlinien zu erfüllen. Es sei wesentlich, daß der Bauer mit dem Erlös eines enteigneten Grundstückes ein neues Grundstück erwerben könne und dies samt den dazugehörigen Nebenspesen.

Obwohl noch 3 Redner auf der Rednerliste eingetragen waren, ersucht Landtagspräsident Molognoni, die Generaldebatte mit der Antwort des zuständigen Landesrates zu schließen. Die eingetragenen Redner ersucht er, bei der Sachdebatte die am morgigen Tage durchgeführt werde, sich zu Wort zu melden.

Landesrat Benedikter antwortet nicht jedem einzelnen Redner, sondern nimmt nur zu bestimmten Äußerungen Dr. Jennys Stellung. Dabei stellt er unter anderem fest, daß Jenny mit seiner Rede ein Denkmal der Oberflächlichkeit und Widersprüchlichkeit gesetzt habe. Dann befaßt er sich mit der Gesetzesvorlage und erinnert dabei an aktuelle Passagen seines Begleitberichtes zum Wohnbaureformgesetz vom Jahre 1972. Abschließend betont Benedikter, daß er sich auf

jeden Fall zu dem damals vertretenen Standpunkt bekenne und der Widerbeschaffungswert und die durch einen Koeffizienten pauschalierte Entschädigung der Nebenschäden für die Bauern erzielt werden muß.

Ende der Sitzung um 19.10 Uhr.

tm

DIE SEKRETÄRE:

- Rosa Franzelin-Werth - *R Franzelin*
- Dr. Anselmo Gouthier - (entsch.)
- Toni Kiem - *Kiem*

DER PRÄSIDENT:

- Prof. Decio Mognoni -

~~*[Signature]*~~

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL' ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE 1977

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 152. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 23 novembre 1977
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE
Vorsitz des PRÄSIDENTEN :

Prof. Decio Mognoni
Dott. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI
Beisitz der SEKRETÄRE :

Rosa Franzelin-Werth
Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI
Abwesende ABGEORDNETE :

Dott. Joachim Dalsass (ingiust.p om
Gouthier dott. Anselmo (giust.)
Gaetano Marcon (giust.)
Rigott Alfons (ingiust.)
Dott. Anton Zelger (giust.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire con la discussione generale sul disegno di legge N. 239/77.

La seduta inizia alle ore 9.50.

In apertura dei lavori il Presidente comunica che la trattazione di un documento congiunto sui lavori della Commissione dei dodici e dei sei é stata rinviata a data da destinarsi, dato che nessun partito ha presentato una bozza in tal senso.

Il Consiglio prosegue quindi con la discussione generale sul disegno di legge 239/77. Prende per primo la parola il consigliere Stecher. Nel preannunciare il voto contrario del suo partito, ove il provvedimento in esame non venisse modificato, egli fa rilevare che sulla base di questa legge di modifica l'esproprio diviene ancora piú complicato ed ingiusto. Il consigliere Stecher rimanda altresí alle ripercussioni negative che un rincaro dei terreni viene a comportare per il settore edile, per il commercio e per il turismo.

Il consigliere Erschbaumer protesta contro il modo di procedere dei partiti di maggioranza che il giorno prima avevano votato contro una proposta di rinviare la discussione sul disegno di legge in parola. In tal modo é stata negata ai consiglieri la possibilitá di esaminare a fondo il parere del CESP, presentato all'ultimo momento. A suo avviso, questo provvedimento tiene conto solo delle rivendicazioni dei contadini e l'elevazione a 4 del coefficiente puó essere considerata una spinta inflazionistica legalizzata. Nell'invitare la Giunta a ritirare il disegno di legge, il consigliere Erschbaumer ricorda che l'Assessore Benedikter non ha approvato le richieste dei contadini in colloqui con l'ASGB e il KVV e che egli dovrebbe quindi dimettersi, dal momento che gli viene chiesto di fare una cosa di cui non é convinto. Dopo avere osservato che questo provvedimento é stato presentato per considerazioni di strategia elettorale, egli conclude facendo presente che presenterá una serie di emendamenti e chiede la soppressione dell'art. 7.

Anche il consigliere Sfondrini lamenta che la relazione del CESP sia stata distribuita ai consiglieri solo il giorno prima e che la Commissione legislativa non ne abbia potuto tener conto. Egli osserva come in seno alla Giunta si sia verificata una frattura, avendosi la DC dichiarata contraria al disegno di legge in esame, e come in questo caso non si tratti solo di una frattura di carattere politico, ma anche di carattere etnico. Il consigliere Sfondrini invita la Giunta a ritirare il provvedimento sostenendo che il medesimo non é lo strumento piú adatto per risolvere i problemi del ceto rurale e non lo é affatto per la collettivitá. Dopo essersi soffermato sulle norme contenute nell'articolo 7 ed essersi dichiarato

contrario all'aumento del coefficiente 2,5 e 4, egli invita a procedere con maggiore cautela, facendo presente che il disegno di legge potrebbe venire respinto da Roma, in quanto incostituzionale.

Il consigliere Mitolo muove critica alla relazione accompagnatoria, nel senso che nella stessa si parla solo delle richieste del Bauernbund e da ciò si potrebbe desumere che il ceto rurale é in pericolo. Egli lamenta inoltre il fatto che la relazione del CESP sia stata distribuita solo il giorno prima e che é mancato il tempo materiale per esaminarla. Entrando nel merito del provvedimento in esame, il consigliere Mitolo esprime la sua critica, rilevando che il medesimo dovrebbe essere strutturato in modo organico e che l'intera materia dovrebbe essere disciplinata da una legge unitaria. Nell'approvare il coraggioso atteggiamento del consigliere Franzelin, egli definisce le divergenze evidenziatesi fra DC e SVP ed in seno all'SVP un evento molto rilevante dal punto di vista politico, che avrà sicuramente notevoli conseguenze, sebbene si possa dire che non cade foglia che l'SVP non voglia e che i partiti italiani devono sempre piegarsi alla volontà dell'SVP.

Il consigliere Mitolo definisce sproporzionato l'aumento del coefficiente e si sofferma ampiamente sui concetti; prezzo di mercato e giusto prezzo.

La seduta antimeridiana termina alle ore 12.45.

La seduta pomeridiana inizia alle ore 15.45.

Prende per primo la parola il consigliere Durnwalder. Egli precisa, tra l'altro, che la Giunta non ha accettato tutte le richieste del Bauernbund. Egli definisce l'aumento del coefficiente da 3 a 4 per determinati progetti edilizi un atto di giustizia sociale. Il consigliere Durnwalder ribadisce altresí che al contadino espropriato deve venire data la possibilità di acquistare un altro terreno, al fine di assicurarsi una base esistenziale. Egli sostiene che ognuno ha diritto di avere un alloggio e che in tutti i comuni della provincia dovrebbero venire costruiti alloggi sociali. Egli fa rilevare con disappunto che si é fatto riferimento solo ai punti della legge di modifica che sono favorevoli ai contadini, mentre non si é tenuto conto dei vantaggi previsti per i lavoratori. Riferendosi alla DC il consigliere Durnwalder osserva che l'atteggiamento della stessa é incomprensibile, dovendo anche questo partito rappresentare l'intera popolazione.

Dopo essere entrato nel merito di singole norme del provvedimento, egli ribadisce che anche il contadino deve avere il diritto di ricevere subito quanto gli spetta per il suo terreno.

Il consigliere Jenny fa alcuni esempi riferendosi alla situazione vigente nei Länder federali austriaci. Egli si dichiara contrario al sistema vigente in Alto Adige e tiene a rilevare che viene fatta una distinzione fra contadini e contadini e che vengono sostenuti solo i piú abbienti. Rivolgendosi al consigliere Franzelin, il consigliere Jenny

dichiara che non basta modificare i dettagli e che si potranno ottenere miglioramenti solo abolendo questo sistema. Dopo aver osservato che questo provvedimento non rappresenta alcuna soluzione, egli accusa l'SVP di complicità per la situazione economica esistente nella nostra provincia, in quanto con la sua politica ha permesso agli operatori immobiliari di sprecare il prezioso terreno sudtirolese vendendolo al migliore offerente, cosa questa che ha avuto le sue ripercussioni negative sul settore edile.

Il consigliere Achmüller esordisce replicando agli esponenti dell'opposizione che hanno aspramente criticato, sulla base di diverse considerazioni, il sistema seguito in Alto Adige. Dopo avere sottolineato che i rappresentanti dei lavoratori non possono dare il loro assenso a questo provvedimento, egli chiede comprensione per tale atteggiamento, rilevando che ognuno deve agire secondo la propria coscienza e che in seno ad un partito di raccolta deve sussistere un margine sufficiente da consentire siffatte prese di posizione.

Il consigliere Kiem è d'opinione che determinati disegni di legge dovrebbero venire illustrati alla stampa prima della trattazione in aula. Egli fa altresì rilevare che con il presente provvedimento viene eliminata tutta una serie di lacune della legge di riforma dell'edilizia abitativa del 1972. Dopo aver preso posizione su quanto rilevato dai consiglieri Stecher, Erschbaumer e Jenny egli considera questo disegno di legge in linea di massima positivo, pur convenendo che non si può definirlo una soluzione ideale.

Il consigliere Ladurner, nel prendere posizione sull'intervento del consigliere Achmüller, fa rilevare che questi vuole superare a sinistra gli stessi partiti di sinistra e che anche la signora Franzelin ha fornito un quadro unilaterale della situazione. Il fatto che i rappresentanti dei lavoratori si siano così schierati contro i contadini non può rimanere riservato alla sola discussione in seno al Consiglio provinciale. Il consigliere Ladurner fa altresì rilevare come la legge n. 15 del 1972 sia stata imposta all'SVP dalla DC e dai partiti di sinistra e come l'SVP debba dare il proprio assenso, talvolta contro la propria convinzione, a determinate leggi per corrispondere alle direttive dello Stato. Questione sostanziale è a suo avviso che il contadino possa con il ricavato di un terreno acquistarne un altro e di poter coprire le spese collaterali.

Malgrado vi fossero 3 altri consiglieri iscritti a parlare, il Presidente Molignoni propone di chiudere la discussione generale con la replica dell'Assessore Benedikter. Nel contempo egli invita i tre oratori interessati a prendere la parola nella seduta del giorno successivo.

L'Assessore Benedikter non risponde ai singoli oratori, ma si li-

mita a prendere posizione su alcune dichiarazioni del consigliere Jenny. Egli rileva al riguardo che con il suo intervento il consigliere Jenny si é costruito un monumento di superficialitá e di contraddizioni. Entrando nel merito del provvedimento in esame, egli si sofferma su alcuni passi della sua relazione accompagnatoria alla legge di riforma dell'edilizia abitativa del 1972, tuttora di attualitá. Concludendo, l'Assessore Benedikter ribadisce il punto di vista di allora e sottolinea che per i contadini deve essere in ogni caso garantito il valore di riacquisto e l'indennizzo forfettario dei danni collaterali tramite l'applicazione di un coefficiente.

La seduta termina alle ore 19.10.

I SEGRETARI:

- Rosa Franzelin-Werth - *R Franzelin*
- Avv. Anselmo Gouthier - (giust.)
- Toni Kiem - *Toni Kiem*

IL PRESIDENTE:

- Prof. Decio Molignoni -

[Handwritten signature of Prof. Decio Molignoni]

/tr

** ** * * * * *